

Parteien stehen vor einer schweren Aufgabe

Berlin-Wahl: „CDU triumphiert“, FR-Titel vom 13. Februar, und „Es bleibt wohl, wie es ist“, FR-Tagesthema vom 14. Februar

Berlin will kein Schwarz in der Regierung

Auch wenn sich die Berliner CDU mit 28 Prozent und einem kräftigen Zuwachs einbildet, die entscheidende Kraft zu sein, und ihren angeborenen Machtanspruch herausposaunt, so ist es aber auch so, dass 72 Prozent aller Berliner nicht die CDU gewählt haben. Etwa drei Viertel aller Berliner wollen die CDU nicht.

Selbst wenn die neoliberale FDP fünf Prozent und die neofaschistische AfD neun Prozent bekämen, reicht es immer noch nicht für den bürgerlich-neoliberal-neofaschistischen Block. Berlin will keine blau-schwarz-braune Regierung. Berlin will auch keine gelb-schwarze Regierung. So wie es aussieht, will Berlin überhaupt keine Regierung, in der die Farbe Schwarz vorkommt – trotz anderslautender Einbildung der Berliner CDU. Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Mit geschärfter Sichtweise und einer Portion Demut

Als Sozialdemokrat muss man anerkennen, dass die CDU in Berlin einen fast erdrutschartigen Sieg eingefahren hat. Doch man kann nicht verhehlen, dass dieser Wahlsieg mit zum großen Teil rechtspopulistischen Argumenten erzielt wurde. Die Tatsache, dass der CDU-Chef über zehn Prozent für seine Partei gewonnen hat, muss natürlich nicht automatisch bedeuten, dass er daraus ableiten kann, Regierender Bürgermeister zu werden. Lars Klingbeil hat daher Recht, wenn er sagt, dass es ein „Weiter so“ auf keinen Fall geben darf.

So groß sind allein die sozialen Probleme etwa im Bereich Wohnen und Mieten, die viele Berlinerinnen und Berliner durch ihre Stimme für die Linkspartei zum Ausdruck gebracht haben. Die drei Koalitionsparteien in Berlin sollten aus dem Ergebnis die Konsequenzen ziehen und sich mit Energie in der bisherigen Koalition an die Arbeit machen. Das Problem unzureichenden Wohnraums, der Verkehrspolitik und auch der inneren Sicherheit darf nicht von jenen politischen Kräften in die Hand genommen werden, die nicht bereit sind, jenen, die viel haben, etwas zu nehmen, und die am liebsten die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erhalten würden ohne eine Offensive sozialer Gerechtigkeit und sozialen Ausgleichs. Nach der Wiederholungswahl sollte den drei bisherigen Senatparteien die Möglichkeit gegeben werden, mit einer geschärften politischen Sichtweise und auch einer Portion Demut die Legislaturperiode zu beenden.

Immer noch brandgefährlich ist das viel zu hohe Ergebnis für die AfD. Für diese Rechtsradikalen ist jede Stimme eine Stimme zu viel. Manfred Kirsch, Neuwied

Wer aus Fehlern lernt, kriegt eine zweite Chance

Nach der Berlin-Wahl geht es nicht um Sieger oder Verlierer, sondern darum, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das können auch die, die bereits an der Regierung waren. Auch wenn die CDU die meisten Wählerstimmen erhalten hat, kann sie allein nicht regieren. Dazu braucht sie einen Partner, der inhaltlich nicht meilenweit aus-

einanderliegt. Die Bundes-Ampel zeigt in der Praxis, dass Kompromisse nicht zu optimalen Ergebnissen führen zum Wohle aller Bürger in der Sache selbst führen. Wer bereit ist aus Fehlern zu lernen, der hat auch eine zweite Chance verdient, um es besser machen können.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Ein klarer Denkkettel, mehr nicht

Es ist schon interessant zu beobachten, mit welchem Vokabular (auch in der FR) gearbeitet wird. Von Wahlklatsche ist die Rede. Nun ja, die Regierungsfaktionen haben rund sechs Prozent verloren und die CDU ein veritables Ergebnis eingefahren, aber eben auch nur rund 28 Prozent. In der Addition haben die Regierungsparteien immerhin noch fast 50 Prozent der Stimmen. Ja, ein klarer Denkkettel, mehr nicht.

Dass die CDU einen Regierungsauftrag ableitet ist verständlich, hat aber keine amtliche Bedeutung. Dass die Mehrheitspartei nicht regieren kann, ist keine Neuheit. Wenn es seitens der CDU geschickte Verhandlungen geben sollte, könnte Herr Wegner auch Regierender Bürgermeister werden. Und nur darauf kommt es an: Parlamentarische Mehrheiten zu organisieren.

Und es steht zu vermuten, dass das Dreierbündnis am Ende nicht mehr konsensfähig sein wird und SPD oder Bündnis 90/Die Grünen mit der CDU zusammen regieren werden. Bei all den Problemen, die es in Berlin gibt, keine leichte Aufgabe.

Reinhard Matthies, Pinneberg

Diskussion: frblog.de/berlinwahl-2023



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230213

FR ERLEBEN

Florian Leclerc und Georg Leppert moderieren zusammen mit dem Medienmanager Bernd Reisk Talks zur OB-Wahl. Tickets unter berndreisig.de
Mit Mike Josef (SPD)
Freitag, 17. Februar, 19 Uhr,
SAE-Institute, Hanauer Landstr. 123 a Frankfurt

Jan Christian Müller ist zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“.
Sonntag, 19. Februar, 11 Uhr,
Sport 1-TV

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur OB-Wahl: Uwe Becker (CDU), Manuela Rottmann (Grüne), Mike Josef (SPD), Daniela Mehler-Würzbach (Linke) und Yanki Pürsün (FDP).
Montag, 20. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5 Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „2. Frankfurter Demokratiekonvent – Frankfurts Bürger:innenrat zieht Bilanz“ mit den Magistratsmitgliedern Bastian Bergerhoff, Rosemarie Heilig und Eileen O’Sullivan sowie Vertreter:innen der Initiative „Mehr als wählen“.
Montag, 27. Februar, 19 Uhr
Römerberg 9, Frankfurt

Die Mythen der Union

Baerbock: Erwidern auf „Das Amt ist aufgewertet“, FR-Forum vom 8.2.

Ich mache mir Sorgen um die Wahrnehmung von Politik einzelner Leserbriefschreiber. Zunächst die Rücktrittsforderung der Briefautorin Hoos, weil Außenministerin Baerbock sich unglücklich über die Angriffs-kriegssituation zwischen Russland und der Ukraine geäußert hat. Briefschreiber Rodax hat mit guten Argumenten die Gelegenheit korrigiert. Auf der gleichen Forum-Seite irritiert mich Briefschreiber Witzsch aus Bad Soden, weil er seine Wahlentscheidung für den hessischen Landtag offensichtlich davon abhängig macht (so muss ich den Brief interpretieren), wer auf seine Anfrage geantwortet hat (den Inhalt der Anfrage kennen wir nicht). Er nennt den ehemaligen Bad Sodener Bürgermeister Norbert Altenkamp als offensichtlichen Kümmerer, der in einem Interview mit der FNP im August 2021 erklärt hatte: „Die Herausforderungen der Zeit kann man nicht mit Ideologien lösen, sondern nur mit einem möglichst pragmatischen Staatsverständnis.“

Eigentlich ist dem nichts hinzuzufügen, zeigt es doch die in Teilen der Union immer noch vorhandenen Mythen der einst vom jetzigen Bahnmanager Pöfalla propagierten Rote-Socken-Kampagne gegenüber der SPD. Sozialdemokratie (nicht zu verwechseln mit Sozialismus) ist keine Ideologie, genauso wenig ist Unionspolitik christlich.

Neben den Kreisen Starnberg und Hochtaunus ist der Main-Taunus-Kreis (mit Bad Soden) Wohnort der meisten unter den Reichsten des Landes, weshalb diese wie auch deren Kommunen traditionell nicht zu Hochburgen der Sozialdemokratie gehören. Es würde Hessen gut tun, dass wieder einmal die Sozialdemokratie in die Staatskanzlei einzöge, dazu erstmals eine Frau, die, wie sie als Innenministerin bisher gezeigt hat, dem politischen Wind eine schärfere Richtung verschaffen kann.

Horst Weitzel, Frankfurt

Viele waren überfordert

Kolumne: „Vom Eigenwert des Nichtstuns“, FR-Meinung vom 3.2.

Nach achtzehn Jahren in Algerien kam ich 1986 nach Frankfurt/Main, wo „Höher, größer, weiter, schneller“ dazu beitrug, den Graben zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden zu vertiefen. Aber auch damals gab es schon grüne, nachdenkliche Stimmen. Die Aufkleber „Bitte keine Werbung einwerfen“ wurden immer mehr. Mein Einwurf: „Bitte keine Werbung machen“ war aber doch eine Überforderung für viele. Ja, „das Nicht ist jetzt hilfreich“, wie Petra Kohse zu recht schreibt.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Schrankenloser Egoismus statt Gemeinwohl

Nach der Berlin-Wahl: „FDP auf Ursachensuche“ und „Mehr FDP wagen“, FR-Politik und -Meinung vom 15. Januar

Die FDP ist keine Partei der Politikprofis mehr

Die FDP hat den Klimanotstand immer noch nicht begriffen und verstößt in der Verkehrspolitik gegen so ziemlich jeden demokratischen Grundsatz:

a) gegen die Verfassung: Artikel 20a und Artikel 2 Grundgesetz. Das Urteil des Verfassungsgerichts zur klimaschützenden Gesetzgebung forderte Nachbesserungen durch den Gesetzgeber. Die kamen, reichen aber längst nicht aus, die Klimaschutzziele auch nur annähernd zu erreichen. Wie kann es sein, dass die verfassungsgebende Vorgabe der CO₂-Einsparung in die Tonne getreten wird?;

b) Klimaschutzgesetz: Die Vorgaben zur Einhaltung der CO₂-Vorgaben im Sektor Verkehr werden nicht eingehalten. Im Gegenteil. Es gibt keinen nachvollziehbaren FDP-Plan, wie die Emissionen effektiv und in relevanten Mengen gesenkt werden;

c) völkerrechtlich verbindliches Abkommen aller Staaten: Das Klimaschutzabkommen von Paris von 2015 ist ein rechtlich

verbindlicher Staatsvertrag. Deutschland muss ihn erfüllen und nicht kontraproduktive, neue CO₂-Quellen wie beim Autobahneubau beschließen;

d) Koalitionsvertrag.

Es ist eine Kunst, gegen Verfassung, Verträge, Gesetze und den Koalitionsvertrag gleichzeitig zu verstoßen. Die FDP sieht sich immer noch als Partei der Politikprofis. Die Bevölkerung nicht. Siehe letzte FDP-Wahlergebnisse. Jürgen Eiselt, Frankfurt

Opposition in der Regierung funktioniert nicht

Wer braucht jetzt noch die FDP? Fünf Niederlagen in Folge – das würde so manchen Fußballtrainer zum Arbeitsamt und einen Parteichef zum Nachdenken bringen, hieße er nicht Christian Lindner. Dieser kultiviert stattdessen die Attitüde des arroganten Besserwissers, was seiner Partei sicherlich keine Sympathie eingebracht hat. Sein Verständnis von Liberalismus entkoppelt Freiheit und Verantwortung und opfert das Gemeinwohl einem schrankenlosen

Egoismus, eine Einstellung, die glücklicherweise von weniger als fünf Prozent der Wahlberechtigten geteilt wird. Die Versuche, Probleme von morgen mit neoliberalen Rezepten von vorgestern zu lösen, sind krachend gescheitert. Es braucht keinen Markt fetischismus, sondern einen starken Staat.

Der Versuch der FDP, sich als Fundamentalopposition innerhalb der Bundesregierung zu inszenieren, lässt sich nicht in Wählerstimmen ummünzen. Statt jetzt Ziele und Grundüberzeugungen mit den realen Herausforderungen in Einklang zu bringen, wird Lindner versuchen, seine Partei noch stärker gegenüber den Koalitionspartnern zu profilieren. Die kalte Kriegerin Strack-Zimmermann, Autobahn-Wissing und der irrlichternde Kubicki werden ihm dabei nach Kräften assistieren. Markige Worte werden eklatante inhaltliche Defizite vernebeln. Wie lange die Ampel eine FDP im Panikmodus aushalten wird, ist ungewiss.

Leo Paulheim, Immenhausen

Diskussion: frblog.de/berlinwahl-2023